LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Untersuchungsausschuss NSU II/Rechtsextremismus rückt Betroffenenperspektive in den Fokus

03.12.2025

In seiner 116. Sitzung am 1. Dezember 2025 hörte der Untersuchungsausschuss NSU II/Rechtsextremismus drei Sachverständige.

Der Journalist Holger Bachmann-Wulf führte zu dem Brandanschlag in der Nacht zum 18. Januar 1996 auf ein Wohnhaus in der Lübecker Hafenstraße aus, bei dem zehn Menschen starben und 38 weitere teils schwer verletzt worden sind. Dabei kritisierte er insbesondere die damaligen Ermittlungen gegen vier Angehörige der rechten Szene in Mecklenburg-Vorpommern: Zahlreiche Hinweise – darunter mehrere Geständnisse – hätten einen Tatverdacht begründet, gleichwohl seien die Ermittlungen eingestellt worden.

Anschließend berichtete Robert Schiedewitz von der Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (kurz LOBBI) über Todesfälle rechter Gewalt seit den 90er-Jahren in Mecklenburg-Vorpommern. Er wies in diesem Zusammenhang auf Defizite bei der Anerkennung rechter Tatmotive hin.

Abschließend stellte Dr. Axel Salheiser vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft aus Jena die kürzlich veröffentlichte Studie zur „Umsetzung der Empfehlungen der Untersuchungsausschüsse des Bundes und Länder zum NSU-Komplex“ vor.

Der Untersuchungsausschuss setzt seine Arbeit im kommenden Jahr fort.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon: 0385 525-2149
Telefax: 0385 525-2616
E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de
Website: www.landtag-mv.de